

# „Kernenergie ist keine Zukunftsoption“

Beim Südpfalzforum der CDU nimmt die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium ihren Kritikern den Wind aus den Segeln

So deutlich hat man das selten von einer christdemokratischen Politikerin gehört: Die Kernkraft ist eine sterbende Technologie, in Deutschland werden keine neuen Atommeiler gebaut, die Zukunft gehört erneuerbaren Energien. Das sagte nicht irgendwer, sondern die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-Esser.

Kühl war die Rheinländerin vor dem Dorfgemeinschaftshaus in Mörlheim von etwa 50 Kernkraftgegnern empfangen worden. Mit Transparenten und Trillerpfeifen machten die Atomgegner ihrem Ärger über mögliche Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken Luft. Gastgeber Thomas Gebhart grollte: „Es ist kein Stil, auf eine Einladung mit einer Demonstration zu antworten“, klagte er der RHEINPFALZ sein Leid. Schließlich hatte der Bundestagsabgeordnete die Umweltverbände eingeladen, mit der Staatssekretärin zu diskutieren.

Dass es dann zu einer munteren, zwar kontroversen, aber stets sachlichen Debatte kam, lag am Auftritt des Gastes aus Berlin. Heinen-Esser dachte gar nicht daran, die Energierolle rückwärts zu propagieren. Sie zeigte sich nachdenklich, offen für Gegenargumente, gut präpariert und würzte ihren einstündigen Vortrag mit einer beträchtlichen Prise Charme. Da bekannte sogar ein in vielen Kämpfen gestählter Umweltaktivist wie Armin Osterheld vom BUND: „Ich hab' vorhin gepiffen. Wenn ich gewusst hätte, was Sie hier sagen, hätte ich nicht gepiffen.“



Showdown in Mörlheim. Staatssekretärin Heinen-Esser (2. von rechts) betritt das Dorfgemeinschaftshaus durch ein Spalier von Kritikern der Energiepolitik der Bundesregierung.

FOTO: VAN

Und das sagte die Umweltstaatssekretärin: Erneuerbare Energien seien eine Erfolgsgeschichte, ihr Ausbau, besonders von Windkraftanlagen vor den Küsten, müsse vorangetrieben werden. Kernkraft sei lediglich eine Brücke, die solange tragen soll, wie der Anteil der „Erneuerbaren“ an der deutschen Energieversorgung bei 16 Prozent dahindümpelt. Öl und Gas seien keine wirklichen Alternativen: Die Katastrophe im Golf von Mexiko habe die Schwierigkeiten der Ölförderung drastisch vor Augen geführt, beim Gas dürfe man sich nicht von einem Anbieter – Russland – politisch abhängig machen.

Kühl fertigte Heinen-Esser einen Gast aus Lingenfeld ab, der allen Ernstes den Klimawandel bezweifelte und die Atomenergie als Zukunftsoption behalten wollte. Die Begrenzung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>, belehrte ihn die Politikerin, sei eine „Bedingung für unser weiteres Leben“ und für Christdemokraten ein Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung. Die Erwärmung der Erde müsse unter zwei Grad gehalten werden. Die Lagerung abgebrannter Kernstäbe koste Milliarden. Heinen-Esser rechtfertigte die Erkundung des Salzstocks in Gorleben – der Müll dürfe nicht länger neben den Kraftwerken gelagert

werden. Dass die frühere rot-grüne Regierung die Erkundung zehn Jahre lang gestoppt hatte, bezeichnete sie als „Schande und Schweinerei“.

Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke will Heinen-Esser von der Antwort auf die Frage abhängig machen, wie schnell der Ausbau der erneuerbaren Energien gelinge. Die Bundesregierung wolle nichts weniger als eine „Vision“ entwickeln, wie die Energieversorgung im Jahr 2050 aussehen soll. Sie glaubt, dass Unternehmen, die Umwelttechnologien herstellen und vertreiben, zu den „Gewinnern der dritten industriellen Revolution“ gehören werden. (gau)

## Zur Sache: Geothermie

Bundestagsabgeordneter Thomas Gebhart (CDU) hat beim Südpfalzforum seiner Partei in Mörlheim die Zukunft der Geothermie in Frage gestellt. Er räumte ein, dass er in der Vergangenheit ein „starker Befürworter“ dieser neuen Form der Energiegewinnung gewesen sei und in ihr prinzipiell nach wie vor eine Chance sehe. Aber, so Gebhart: „Man kann nicht stillschweigend über die Erschütterungen hinweggehen.“

Mit Hilfe des Bundes möchte Gebhart versuchen, das Kraftwerk in Landau sicher zu betreiben. „Die Technologie steckt leider noch in den Kinderschuhen.“ Bis Erkenntnisse aus Landau vorliegen, lehnt Gebhart weitere Geothermie-Bohrungen strikt ab. Die Genehmigung der Landesregierung für eine Probebohrung im südpfälzischen Schaidt hält Gebhart für einen Fehler. „Man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand.“ Die Bürger müssten das Gefühl haben, in die Entscheidungen eingebunden zu sein.

Wie die RHEINPFALZ gestern berichtete, hat Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) ein Mediationsverfahren für Geothermie-Projekte in der Südpfalz angekündigt. Das heißt, dass ein neutraler Vermittler eingeschaltet wird, um den Streit zwischen Anliegern und Betreibern zu schlichten. Ein ähnliches Verfahren hat es beim Ausbau der B 10 gegeben, ohne dass die Differenzen dadurch beigelegt wurden. (gau)